

**Sperrfrist: Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort.**

Dankesrede für den Freiheitspreis
Kaspar Villiger
Ehm. Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Verleihung des Freiheitspreises 2016 an Kaspar Villiger
Samstag, 12. November 2016, 11.00 Uhr

Paulskirche Frankfurt
(35 Minuten)

Anrede

I.

Ihr Land und mein Land sind Beispiele dafür, dass mündige, selbstverantwortliche und fleissige Menschen fähig sind, ein blühendes Gemeinwesen aufzubauen. In dieser Kirche haben weitsichtige und mutige Menschen 1849 mit der Paulskirchenverfassung sozusagen eine „Blueprint“ eines solchen liberalen und demokratischen Gemeinwesens entworfen. Wir wissen es alle: Die Umsetzung scheiterte, es kamen Kriege, Bürgerkriege, Revolutionen, Hyperinflationen, Diktaturen, Irrungen und Wirrungen. Aber schliesslich wurde das visionäre Projekt erfolgreich realisiert. Das darf uns in einer Zeit, da vieles schief läuft, Zuversicht vermitteln. Aber es brauchte Zeit, viel Zeit. Lassen Sie mich dazu, bezogen auf die Gegenwart, einige Gedanken entwickeln. Dass ich das an dieser historischen Stätte tun darf, ist mir eine grosse Ehre.

Aber zuerst möchte ich einen dreifachen Dank aussprechen.

Alle kennen die Schweiz, aber niemand ihre Politiker. Trotzdem sind Sie alle so zahlreich hier erschienen, um einem unbekanntem Politiker einen Preis zu überreichen. Dafür danke ich Ihnen. Ich weiss auch zu schätzen, dass Freunde aus meinem beruflichen, politischen und privaten Umfeld den weiten Weg hierher gekommen sind. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch betonen, wie sehr wir, meine ebenfalls hier anwesenden Geschwister und ich, uns von Kindsbeinen an Ihrem Lande verbunden fühlen, nachdem unsere Grossmutter schon 1910 die deutsche Niederlassung unseres Familienunternehmens gegründet hatte, das seit meinem Austritt von meinem Bruder allein geführt wird.

Mein Dank gilt auch meinen Vorrednern, die mich überaus wohlwollend gewürdigt haben. Mein besonderer Dank gilt natürlich dem Laudator, Prof. Ludwig Heuss. Er hat Ihnen heute kenntnisreich und einfühlsam auch das seltsame politische Biotop Schweiz nähergebracht.

Aber natürlich gilt mein Dank nun vor allem der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Ihrem Vorstandsvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt und der Jury unter der Leitung von Frau Dr. Karen Horn. Dass Sie mir – für mich völlig unerwartet - Ihren Freiheitspreis überreichen, erfüllt mich mit Stolz, Dankbarkeit und Freude. Ich hatte das Privileg, in einem der freiheitlichsten Länder der Welt leben und wirken zu dürfen. Vielleicht wollen Sie ja mit Ihrem Preis auch ein wenig das Schweizer Volk ehren, das in generationenlanger harter Arbeit ein erfolgreiches liberales Gemeinwesen aufgebaut hat.

Es war und ist meine Überzeugung, dass Menschen mündig sind und sich nur in Freiheit wirklich entfalten und verwirklichen können. Ich habe deshalb immer versucht, diese Maxime in meine politische Tätigkeit einfließen zu lassen. Es ging aber nie um theoretische Deklamationen, sondern um den freiheitlichen Kern konkreter Lösungen, die den Praxistest zu bestehen hatten. Dabei war die Suche nach der besten und freiheitlichsten Lösung immer nur ein Teil des Problems. Ebenso wichtig war es, Gefolgschaft für die Durchsetzung freiheitlicher Lösungen zu finden, Kompromisse ohne zu starke Verwässerung der Lösung zu suchen, unbeabsichtigte Nebenwirkungen möglichst zu vermeiden und häufig am Schluss noch die Zustimmung des Volkes zu gewinnen.

II.

Wer wie Sie und ich das Privileg hat, in einer wirtschaftlich erfolgreichen Demokratie zu leben, genießt Freiheiten, von denen noch vor hundert Jahren die Menschen kaum hatten träumen können. Wir dürfen sagen und schreiben, was wir wollen; wir können uns zusammentun, mit wem wir wollen; wir dürfen Ausbildung und Beruf nach unseren Neigungen wählen; wir entscheiden mit, von wem wir regiert werden wollen; und wir können uns auf dem grössten Teil des Planeten frei bewegen. Davor, dass andere unsere Freiheit ungebührlich beeinträchtigen, schützt uns der Rechtsstaat.

Damit möglichst alle Menschen diese Freiheiten überhaupt nutzen können, muss ein hinreichender Wohlstandspegel für alle erreicht werden. Aber dieser Pegelstand ist zurzeit in vielen früher erfolgreichen Demokratien bedroht. Deshalb will ich mich heute auf Gedanken zum Zusammenhang von Freiheit und wirtschaftlicher Blüte beschränken.

III.

Lassen Sie mich mit uns selber, den Menschen, beginnen. Wir haben eine Doppelnatur: Wir sind gleichzeitig Individuen und Teil eines Kollektivs. So individuell wir uns auch fühlen mögen, so sehr sind wir vom Kollektiv abhängig, ohne das wir als Individuen niemals lange überleben könnten. Adam Smith hat am berühmten Beispiel des Bäckers gezeigt, dass dessen egoistisches Streben nach Profit durch das Backen von Brot auch der Gesellschaft nützt, indem diese ein hochwertiges Nahrungsmittel zur Verfügung hat. Aus dieser zutreffenden Erkenntnis entstand später die Kunstfigur des Homo Oeconomicus, der als rationaler

egoistischer Nutzenmaximierer die Wirtschaft am Laufen hält, und dies mit dem Ergebnis, dass es allen besser geht.

Nun weist die Verhaltensökonomie etwas nach, das wir Praktiker ohnehin schon immer ahnten, nämlich dass es diesen Homunkulus so nicht gibt. Menschen sind nicht nur rational, sondern auch emotional. Wir leiden an kognitiven Verzerrungen, die uns Dinge anders erscheinen lassen, als sie sind. Und wir haben auch Mitgefühl mit anderen Menschen, wie dies der gleiche Adam Smith in seinem Buch über "Moral Sentiments" auch schon trefflich beschrieb. Das führt mich zur Kernfrage: Wie muss unser Zusammenleben organisiert sein, damit wir fehlerhaften und unvollkommenen Menschen in Frieden und Wohlstand miteinander leben können? Es ist dies die Frage nach dem Wohlstand und der Stabilität von Nationen.

IV.

Die Institutionenökonomie liefert uns interessante Erkenntnisse zur Frage des Wohlstandes. Der in Oxford lehrende Entwicklungsökonom Paul Collier bezeichnet das komplexe Geflecht aus Institutionen, Regeln, Überzeugungen, Normen und Organisationen, welches eine Nation ausmacht, als "Sozialmodell" (1). Migranten beispielsweise zieht es aus dysfunktionalen Sozialmodellen in funktionierende. Daron Acemoglu vom MIT weist nach, dass die Ausgestaltung der Institutionen der entscheidende Faktor ist, damit ein Sozialmodell Wohlstand zulässt, und dass Faktoren wie Ethnie, Religion, Klima oder geographische Lage zu vernachlässigen sind (2). Das ist plausibel, wie etwa die Beispiele Süd- und Nordkorea oder die BRD und die DDR belegen: Trotz ethnischer Identität haben sie sich aus institutionellen Gründen völlig unterschiedlich entwi-

ckelt. Gute Sozialmodelle sind das Ergebnis generationenübergreifender Aufbauarbeit. Sie basieren auf geschickt gebändigter Freiheit, und, das ist das Schlimme, sie können auch zerfallen. Sie bedürfen deshalb der ständigen Modellpflege und Anpassung.

In der mathematischen Formelsprache könnte man es so ausdrücken:

$$S = f(M,I,K,Z)$$

Das Sozialmodell S ist eine Funktion von Menschen M, Institutionen I, Kultur K und Zufall Z.

Natürlich steht der Mensch M mit seinen Ungleichheiten und Unvollkommenheiten im Zentrum. Alle Versuche, ihn durch Zwang und Ideologie zum Besseren zu verändern, sind gescheitert, und der Modellierung zu Theoriezwecken widersetzt er sich bis heute erfolgreich. Adenauer hat einmal gesagt, man müsse die Menschen nehmen, wie sie seien, man kriege keine besseren.

Der Mensch, wir wissen es, ist nicht einfach gut oder böse, sondern er trägt die Anlage zu beidem in unterschiedlichen Mischverhältnissen in sich. Äussere Faktoren können Anreize erzeugen, welche sein Verhalten in die eine oder andere Richtung beeinflussen. Ich will nur ein wichtiges Beispiel erwähnen: Die meisten Menschen sind im Sinne des Homo Oeconomicus durchaus egoistische Nutzenmaximierer. Sie sind von Natur aus nicht unbedingt altruistisch und kooperativ. Man weiss aber heute, dass kooperative Gruppen effizienter arbeiten als unkooperative. Viele kooperative Menschen sind nun aber bereit, andere Menschen für ihr nicht-kooperatives Verhalten zu bestrafen, oft sogar dann, wenn sie sich damit Nachteile einhandeln. Es kann sich deshalb für nicht kooperative Menschen in der Gruppe auszahlen, sich auch kooperativ zu verhalten,

um der Bestrafung zu entgehen. So kann sogar eine Gruppe, die mehrheitlich aus Egoisten besteht, eine Kultur der Kooperation entwickeln und damit effizienter werden.

Menschen reagieren also auf Anreize. Solche werden vor allem durch Institutionen I vermittelt, die ein bestimmtes Verhalten als lohnend oder nicht lohnend erscheinen lassen oder die gar über die Befugnis zur Bestrafung missliebigen Verhaltens verfügen. Weil Politiker über die Ausgestaltung der wichtigsten ökonomischen Institutionen befinden, sind letztlich sie für Wohlstand oder Armut verantwortlich.

Oft übersehen Politiker allerdings, dass Menschen manchmal anders auf die institutionellen Anreize reagieren, als dies Politiker gerne möchten. Der Ökonom Horst Siebert nannte das den Kobra-Effekt. Der englische Vizekönig, der in Indien einer Kobraplage durch die Prämierung abgelieferter abgeschnittener Kobraköpfe Herr werden wollte, erreichte damit das pure Gegenteil. Die Kobras vermehrten sich noch rascher, weil die Menschen wegen der Prämie Kobras zu züchten begannen (3). Deshalb bewirken nach meiner Erfahrung etwa die Hälfte der Gesetze etwas anderes, als man damit beabsichtigt. Rigider Kündigungsschutz und hohe Mindestlöhne erzeugen Arbeitslosigkeit; gesetzlich zugesicherte, aber nicht finanzierte Rentenansprüche lassen ganze Sozialwerke zusammenbrechen; hohe Steuern erzeugen Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungsverweigerung; tiefe Zinsen zur Erleichterung der Schuldenbedienung überschuldeter Länder lässt deren Schulden weiter ansteigen.

Aber auch alles das, was man unter Kultur K zusammenfassen kann, setzt Anreize, welche das Verhalten von Menschen beeinflussen, zum

Guten wie zum Schlechten. Ich denke etwa an traditionelle Gepflogenheiten, gemeinsame Überzeugungen oder Vorurteile, Rituale, Tugenden und Untugenden usw. Eine gute Kultur kann Effizienz enorm fördern. Wo Menschen von sich aus das Richtige tun, braucht es keine Regulierung. Wo Vertrauen herrscht, sind Transaktionskosten spürbar tiefer. Der Philosoph Ottfried Höffe schrieb, wo Bürgertugenden blühten, könnten sich die zwangsbefugten Institutionen des Staates zurückhalten (4).

Für das nähere Eingehen auf den Zufall Z fehlt mir heute die Zeit. Für heute nur so viel: In komplexen Systemen mit zahllosen unübersichtlichen Rückkoppelungsschlaufen – und Politik und Volkswirtschaft sind solche Systeme! – passiert immer wieder Unerwartetes und Unvorhersehbares. Weil unser Gehirn die seltsame Eigenschaft hat, aus oft zufällig gespeicherten, aber lückenhaften Fakten eine stimmige, aber oft falsche Kausalkette zur Begründung des zufälligen Ereignisses zusammenzuzimmern, unterschätzen wir die Bedeutung des Zufalls massiv.

V.

Ich muss nun auf eine Erkenntnis hinweisen, die zwar banal, aber wichtig ist: Die Freiheit bedarf der Bändigung und der Kanalisierung, damit nicht die Freiheit des Einen die des Anderen zerstört. Es gibt verschiedene Wege, um das zu erreichen. Das stärkste Instrument ist die staatliche Vorschrift mit Sanktion bei Nichteinhaltung. Im Übermass angewendet, führt diese Methode auf direktem Wege in die Knechtschaft. Das zweite Instrument betrachtete schon Walter Eucken als entscheidend wichtig: die Verbindung von Kompetenz und Haftung (5). Ich bin frei darin, was ich tue, aber ich hafte für das, was ich damit anrichte. Dieses Prinzip veranlasst mich, die Risiken meines Handelns vorher genauer

abzuschätzen. Die dritte, sanfteste Methode ist die Verantwortung. Ich wäge ab, ob das, was ich tue, für die Gesellschaft unerwünschte Folgen haben könnte, und zwar auch dann, wenn es nicht verboten ist. Diese drei Methoden sind interdependent. Wenn zu viele Akteure auch nicht verbotene Handlungen mit für die Gemeinschaft negativen Folgen tätigen, entsteht in der Politik unweigerlich der Ruf nach Verboten oder Regulierung. Deshalb ist ethisch-moralisch korrektes Verhalten von Unternehmen, wie es etwa im Leitbild des "ehrbaren Kaufmannes" umschrieben ist, so entscheidend wichtig (6). Gewiss sind Unternehmen keine moralischen Anstalten und keine Wohlfahrtsinstitute, und gewiss hat Milton Friedman recht, wenn er das Erwirtschaften von Gewinn als zentrale unternehmerische Aufgabe sieht. Aber unkorrektes Gebaren von Managern zerstört Vertrauen nicht nur in die betreffenden Unternehmen, sondern in das marktwirtschaftliche System schlechthin. Das löst politische Aktivitäten aus, welche der Marktwirtschaft Schaden zufügen. Jedes freiheitliche System muss zwar ein gewisses Mass an Missbräuchen ertragen. Wenn sich aber die moralischen Grundlagen zersetzen und die Missbräuche den gesellschaftlichen Verträglichkeitspegel übersteigen, zerstört sich die Freiheit selber. Deshalb ist Verantwortung der Preis der Freiheit.

Es gibt aber auch einen anderen Zusammenhang zwischen Moral und Regulierung. Moral braucht die Freiheit der Wahl. Nur der freiwillige Verzicht auf einen persönlichen Vorteil um eines sittlichen Prinzips willen ist eine moralische Handlung. Wo aber Regulierung sich ausbreitet, schrumpft der Freiraum auch für die Moral. Sie wird verdrängt. Deshalb verliert eine überregulierte Welt an Wertesubstanz, die für eine stabile Gesellschaft wichtig wäre. Und mit umso besserem Gewissen tut man

auch das noch nicht Verbotene, aber Grenzwertige. Die regulierte Welt ist keine bessere Welt.

Eine weitere und äusserst wirksame Methode zur Bändigung der Freiheit ist der Wettbewerb. Wenn die Regierung pfuscht, kann sie abgewählt und durch die Konkurrenz ersetzt werden. Wenn ein Produkt die Erwartungen nicht erfüllt, kauft man ein anderes. Wettbewerb spornt an, erzeugt Höchstleistungen und schafft Fortschritt. Aber Wettbewerb straft auch erbarmungslos. Er gefährdet heilige Besitzstände, und deshalb ist er trotz Sonntagspredigten für Wettbewerb auch in der Wirtschaft oft unbeliebt. Aber er ist der Motor, der die Marktwirtschaft erfolgreicher als alle anderen Wirtschaftssysteme macht, und solange er gesichert ist, bändigt er wirksam die Macht der Wirtschaft.

VI.

Wie nun muss das Sozialmodell beschaffen sein, damit die Menschen Wohlstand erarbeiten können und auch wollen?

Ich sehe im Wesentlichen vier Bedingungen für den Wohlstand:

Erstens: Nur die Marktwirtschaft ermöglicht hinreichenden Wohlstand. Nur sie sorgt dafür, dass die richtige Anzahl Güter und Dienstleistungen in der richtigen Qualität zum richtigen Preis zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur Verfügung steht. Müsste diese Aufgabe durch demokratische politische Institutionen auch noch gelöst werden, würde der Staat im Chaos versinken. Der Staat muss deshalb der Marktwirtschaft die nötigen Freiräume belassen. Eine erfolgreiche Marktwirtschaft ist trotzdem ohne einen starken Staat nicht vorstellbar. Es würden sich zweifellos rasch mafiöse Verhältnisse entwickeln. Die Beispiele in gescheiterten

Staaten sind Legion. Ich will nur einige der zentralen wirtschaftspolitischen Staatsaufgaben aufzählen: Verhütung von Gewalt und Betrug, Schutz des Eigentums, Führung des Grundbuchs, Bereitstellung von Infrastrukturen, Sicherung des Wettbewerbs, Normierung von Massen und Gewichten, Durchsetzung privater Verträge, Schaffung eines stabilen monetären Rahmens und so weiter und so fort.

Zweitens: Die Menschen müssen die Früchte ihrer Arbeit behalten dürfen, sonst verlieren sie die Motivation, Überdurchschnittliches zu leisten, Risiken einzugehen, in Neuland vorzustossen und sich permanent aus- und fortzubilden. Das hat konkrete politische Folgen: nur moderate Steuern; Bildung und Schutz von Eigentum; Schutz der Ersparnisse vor Inflation, Negativzinsen oder Enteignung; wirksames Patentrecht; berechenbarer Rechtsrahmen usw.

Drittens: Weil in einer Wettbewerbswirtschaft Besitzstände stets gefährdet sind, kann der gesamte volkswirtschaftliche Besitzstand nur durch stete Erneuerung gesichert werden. Obsoletes muss verschwinden, damit Neues gedeihen kann. Deshalb müssen Erneuerungshindernisse systematisch eliminiert werden, etwa übersteigerter Kündigungsschutz und andere Verkrustungen der Arbeitsmärkte, Kartelle, Monopole, verzerrende Subventionen, bürokratische Widerstandsnester usw. Weil die Verlierer des Wandels das spüren, sich politisch wirksam organisieren und sich mit Zähnen und Klauen wehren, während die potentiellen Gewinner es gar noch nicht wissen, müssen die Härten des Wandels sozial abgefedert werden, etwa durch eine solide Arbeitslosenversicherung, Umschulungsprogramme, Anpassungshilfen und dergleichen.

Viertens: Eine moderne Wirtschaft braucht den Talentpool des ganzen Volkes, nicht nur einer finanzstarken oder oligarchischen Kaste. Das hat Folgen für das Bildungswesen, und es erfordert grosse Anstrengungen zur Schaffung von Chancengleichheit.

VII.

Nun reicht das alles noch nicht aus, um eine stabile Gesellschaft zu sichern. Menschen haben auch, wie die Verhaltensforschung zeigt, eine angeborene Fairnesspräferenz (7). Eine Gesellschaft braucht eine gewisse soziale Ausgeglichenheit, damit die Menschen die Zustände als einigermassen gerecht empfinden. Niemand soll in einem wohlhabenden Land unverschuldet durch Armut seine Würde verlieren. Marktwirtschaft schafft aber Ungleichheit. Eine Wohlstandsgesellschaft kommt deshalb nicht ohne Sozialwerke und eine gewisse Umverteilung aus, etwa über progressive Steuern, negative Einkommenssteuern oder solidarisch finanzierte Sozialwerke. Auch das ist ein Pfeiler der Marktwirtschaft: Sozialer Schutz macht Marktwirtschaft politisch akzeptabel. Menschen, die wissen, dass sie im Falle des Scheiterns nicht vor dem völligen Nichts stehen, sind risikobereiter, und das ist wachstumsfördernd. Zudem sind Strukturanpassungen, wie erwähnt, leichter durchzusetzen.

Aber hier kommt eine fragile Balance ins Spiel: Zu wenig Umverteilung schmälert die politische Akzeptanz der Marktwirtschaft, zu viel Umverteilung zerstört den Leistungswillen der Zahlenden und meist auch der Empfangenden. Die politische Kunst besteht darin, hier die Balance zu finden. Man weiss heute, dass die Bereitschaft der Gebenden zur Umverteilung grösser ist, wenn sich der Grossteil der Menschen einer Solidargemeinschaft angehörig fühlt. In der Familie ist dieses Gefühl seit je-

her vorhanden, und es in der Nation zu schaffen, ist über Generationen möglich. Aber es weltweit oder auch nur europaweit zu entwickeln, halte ich für eine Utopie. Nur in überschaubaren Grenzen kann ein solches Gemeinschaftsgefühl heranwachsen, das auch die Basis einer Demokratie ist. Deshalb wird der Nationalstaat die Grundlage funktionierender Sozialgemeinschaften und Sozialmodelle bleiben.

VIII.

Wenn wir uns für einmal von den täglichen Katastrophenmeldungen lösen und den Zustand der Welt mit statistisch unterlegter Nüchternheit betrachten, stellen wir fest, dass die Menschheit in den letzten Jahrzehnten enorme Fortschritte erzielt hat. Trotz Bevölkerungsexplosion ist der globale Wohlstand deutlich gestiegen, und Armut und Hunger haben abgenommen. Die globale Einkommensverteilung ist vor allem dank dem Aufstieg Asiens ausgeglichener geworden. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung markant. In Schwellenländern entstand ein relativ wohlhabender Mittelstand. Tödliche Krankheiten wurden ausgerottet und die Anzahl durch Verbrechen und Konflikte getöteter Menschen nahm bis vor kurzem kontinuierlich ab (8). Nie konnten sich so viele Menschen gemäss ihren Talenten und Neigungen entwickeln und sich frei auf dem Planeten bewegen. Das alles ist das Resultat von Marktwirtschaft, Freihandel und globaler Arbeitsteilung.

Aber seit der Finanzkrise scheint sich der Trend umgekehrt zu haben. Konflikte und Terror nehmen wieder zu, Flüchtlingsströme ungeahnten Ausmasses brechen los, das Wachstum der Weltwirtschaft gerät ins Stocken. Globalisierung und Marktwirtschaft, die Treiber der langfristig posi-

tiven Entwicklung, werden seit der Finanzkrise plötzlich zu Sündenböcken. Ideologien, Populismus und Nationalismus kehren zurück.

Ich glaube, dass wir zurzeit die fatale Überlagerung von drei Krisen erleben: Eine Krise der Demokratie, eine Krise der Marktwirtschaft und eine Krise der Werte. Ich will das hier nur sehr grob skizzieren!

IX.

Bewährte Demokratien ächzen unter wirtschaftlicher Stagnation, massloser Verschuldung und Arbeitslosigkeit, während autoritäre Systeme, die auf Marktwirtschaft setzen, wirtschaftliche Erfolge feiern. Ich will drei der Faktoren erwähnen, welche die Demokratien bedrängen.

Erstens: Die Staatsform Demokratie hat inhärente Fehlanreize. Wegen der Priorität der Wiederwahl denken Politiker in Wahlperioden und nicht in Generationen. Weil Politiker für die von ihnen verursachten Schulden nicht haften und weil Leistungen versprechen populärer als Steuern erhöhen ist, entsteht ein inhärenter Verschuldungsanreiz. Das Verbundsystem Medien und Politik definiert in vielen Fällen die politischen Prioritäten nicht nach den Notwendigkeiten, sondern nach Massgabe des oft künstlich geschaffenen tagesaktuellen Empörungspegels. Regierungen, welche notwendige, aber oft schmerzliche Reformen anpacken, riskieren die Abwahl.

Zweitens: Weil kein Land in unserer vernetzten Welt alle seine Probleme allein lösen kann, bildet sich ein dichtes Geflecht institutioneller und vertraglicher Formen der internationalen Zusammenarbeit. Diese werden von Exekutiven und Bürokratien geschaffen und leiden damit unter ei-

nem Demokratiedefizit. Das reduziert die demokratisch knetbare politische Substanz. Die Bürger haben den Eindruck, ihr eigenes Schicksal immer weniger mitbestimmen zu können. Das und der Eindruck der Hilflosigkeit ob der Komplexität der Probleme öffnet populistischen Vereinfachern Tür und Tor. Der fatale Ruf nach dem "starken Mann" ertönt lauter.

Drittens: Der Export von Demokratie in Länder, deren korrupte und autoritäre Regierungen von ihren Bürgern zu Recht gestürzt worden waren, ist meist kläglich gescheitert. Die Demokratie hat deshalb weltweit an Vorbildwirkung verloren. Chinesische Professoren dozieren ihren Studenten allen Ernstes, die Demokratie sei die schlechteste aller Staatsformen, weil sie unweigerlich ins Chaos führe.

X.

Trotz ihrer empirisch belegten Bewährung ist die Krise der Marktwirtschaft nicht minder dramatisch. Ich will mich auch hier auf drei Aspekte beschränken:

Erstens: Weil die Wirtschaft die Werte schafft, die die Politiker verteilen können, und weil der politische Appetit unersättlich ist, bürdet man der Wirtschaft immer mehr auf. Sie wird zum Lastesel. Wenn dieser aber der Last auszuweichen versucht oder gar darunter zusammenbricht, mutiert sie zum Sündenbock, den man erst recht an die Kandare nehmen muss. Überregulierung, Fehlregulierung und durch wachsende Staatsquoten komprimierte marktwirtschaftliche Freiräume würgen der Marktwirtschaft schleichend die Luft ab. Regulierung entwickelt selber ein bisher unterschätztes Krisenpotential.

Zweitens: Obwohl der Freihandel die Weltwirtschaft zum Blühen brachte, schüren viele Politiker die Illusion, Besitzstände durch Protektionismus bewahren zu können. Die Erkenntnis, dass ein rasanter Deglobalisierungsprozess eine wesentliche Ursache des ersten Weltkrieges gewesen war, wird verdrängt. Hier baut sich ein neues Wohlstandsgefährdendes Risikopotential auf.

Drittens: Zur Verhinderung des völligen Austrocknens der Finanzmärkte war unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise die enorm expansive Geldpolitik der Notenbanken richtig und nötig. Aber schon seit längerer Zeit beginnt diese Politik der Geldflutung wieder neue Krisenpotentiale aufzubauen, abgesehen davon, dass sie ihre Ziele nicht mehr erreicht. Weil die künstlich tiefgehaltenen Zinsen die Risiken nicht mehr reflektieren, verliert die Marktwirtschaft ihren Kompass. Nicht nachhaltige Strukturen bleiben am Leben und verhindern deren Erneuerung. Neue Blasen, je nach Land unterschiedliche, bauen sich auf. Staaten spüren keinen Druck mehr, ihre finanzpolitischen Hausaufgaben zu machen. Vorsorgewerke werden destabilisiert, Sparer bestraft und Spekulanten belohnt. Diese Perversion der Marktwirtschaft haben die allmächtigen Notenbanker ohne jede demokratische Legitimation bewerkstelligt, und die Politiker haben das gerne toleriert, weil es sie vermeintlich von der Notwendigkeit schmerzlicher Reformen entband. Ich fürchte, dass der Preis, den wir alle langfristig für diese Politik bezahlen müssen, massiv unterschätzt wird.

XI.

Die Krise der Werte im weitesten Sinne – demokratische Werte, Freiheitsrechte oder Menschenrechte – ist nicht minder dramatisch. Diese Werte, die aus der europäischen Aufklärung und der Französischen Revolution stammen, schienen sich bis um die Jahrtausendwende auf dem Weg zur universellen Gültigkeit zu befinden. Über 190 Staaten haben beispielsweise die UNO-Charta unterschrieben und sich damit zur Verteidigung der Menschenrechte verpflichtet. Sie alle kennen aber die Realität! Die grosse Mehrheit der Staaten verletzt diese Rechte mehr oder weniger offen. Schlimmer noch: Das wirtschaftliche und bevölkerungsmässige Gewicht der Staaten, welche diese Werte missachten und als ihren Kulturen fremd empfinden, nimmt rasant zu. Das wird das Klima in internationalen Organisationen in Bezug auf diese Werte negativ verändern. Die Hoffnung auf die globale Dominanz westlicher Werte schwindet.

XII.

Diese Verbundkrise hat schwerwiegende Folgen. Ich will nur zwei davon erwähnen:

Erstens: Die auf die erstaunlich lange stabile bipolare Weltordnung des kalten Krieges folgende polyzentrische Welt mit meist selber instabilen Subzentren, durchsetzt von weissen Flecken gescheiterter Staaten und ohne global handlungsfähige und vertrauenswürdige Ordnungsmächte, schafft zahllose Krisenherde mit unberechenbaren Eskalationspotentialen. Die Anstrengungen zur Eindämmung immer neu aufflackernder Brände – ich erwähne nur Syrien, Irak, Libyen, Palästina, die Ukraine

oder das südchinesische Meer – bedürfen der oft improvisierten Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen Wertesystemen. Stabilität kommt vor Werten, und die klassischen Demokratien mit ihren hausgemachten internen Problemen müssen mit Figuren wie Putin oder Erdogan zusammenarbeiten. Krisenmanagement statt strategisches Denken absorbiert die Energien der Regierungen.

Zweitens: Das Wachstum der Weltwirtschaft wird wahrscheinlich noch längere Zeit unzureichend bleiben. Dabei werden die USA mit ihrem zupackenden Unternehmergeist, ihrer konsequenten Sanierung des Bankensektors, ihrer demographisch verhältnismässig jungen Bevölkerung und ihrem grösseren Vertrauen in die Märkte sowie auch die asiatischen Staaten mit ihrem wirtschaftlichen Erfolgshunger und ihrem Leistungsdenken rascher Tritt fassen, als Europa mit seinen Selbstzweifeln, seinem Misstrauen Märkten und Unternehmertum gegenüber, seinen zentnerschweren Soziallasten und seiner Bevölkerung, die zunehmend staatliches Betreutwerden der Selbstverantwortung vorzuziehen scheint.

XIII.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur Situation der EU. Weil die Schweiz Teil dreier grosser europäischer Kulturräume ist und weil ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen mit der EU ausgesprochen eng sind, werden Sie mir eine gewisse Legitimation dazu nicht absprechen wollen.

Zunächst will ich aber ausdrücklich festhalten, dass die EU eine eindrückliche Erfolgsgeschichte ist. Sie hat dem Kontinent, dessen Geschichte durch blutige Konflikte geprägt ist, eine hoffentlich immerwäh-

rende Phase des Friedens ermöglicht. Sie brachte Spanien, Portugal und Griechenland die Demokratie, und sie sicherte den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten die demokratische Entwicklung. Die Beitrittsperspektive ermöglichte in vielen Staaten früher undenkbare Reformen. Mit dem Binnenmarkt wurden die Wirtschaftsfreiheit gestärkt und die Basis für im internationalen Vergleich nach wie vor überdurchschnittlichen Wohlstand geschaffen. Das sind politische Glanzleistungen. Ich bin auch der Meinung, dass nur eine wirtschaftlich und politisch starke EU Europa das ihm gebührende Gewicht in der polyzentrischen Welt sichern kann.

Plötzlich nun zeigt dieses bislang erfolgreiche Gebilde Symptome eines multiplen Organversagens. Die Liberalisierungskraft scheint zu erlahmen, und die Zentralisierungs- und Harmonisierungswut erstickt die Kraft des Systemwettbewerbs. Hohe Steuern und Soziallasten, verkrustete Arbeitsmärkte, innovationshemmende Bürokratien, risikoinadäquate Zinsen und zunehmende Widerstände gegen Freihandel verletzen meine Wohlstandsbedingungen und zementieren vielerorts einen skandalösen Sockel an Arbeitslosigkeit. An der horrenden Staatsverschuldung hat sich in vielen Ländern trotz zumindest verbaler Austerität kaum etwas geändert. Der Euro, als Krönung der Integration gedacht, erweist sich als Spaltpilz. Flüchtlingsströme unterminieren nationale und zwischenstaatliche Kohäsion. Der Brexit hat das Dogma der Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses zerschmettert. Populistische Bewegungen, welche auf nationalistische, protektionistische und antidemokratische Rezepte setzen, erschweren allenthalben das Regieren massiv.

In einer solchen Situation besteht Handlungsbedarf. Der Ideen sind viele. Brüssel beharrt im Sinne des Maastricht-Vertrags von 1992 auf dem

Weg in Richtung einer „immer engeren Union der Völker Europas“. Ich fürchte, dass das nicht mehr funktionieren wird. Andere denken, die Krise sei mit der punktuellen Lösung von Einzelproblemen lösbar: bessere Haushaltsregeln, einige Strukturreformen, vielleicht Austritt eines besonders schwachen Staates aus der Eurozone etc. Wieder andere denken an ein flexibles Europa mit einem allmählich zum Bundesstaat zusammenwachsenden Kern – ein „karolingisches Europa“ sozusagen – mit zwei bis drei Ringen drumherum, bestehend aus assoziierten Ländern mit abgestuften Gemeinsamkeiten. Der Rückbau zu einer kampfwertgesteigerten Freihandelszone ist ebenso im Gespräch wie der schrittweise Abschied vom Nationalstaat als Referenzrahmen, etwa durch die Schaffung demokratisch strukturierter problemorientierter politischer Körperschaften auf lokaler, kommunaler, regionaler und transnationaler Ebene. Jedes dieser Modelle enthält bedenkenswerte Ideen, die diskutiert werden müssen

Ich glaube allerdings, dass die EU das Problem noch viel grundsätzlicher angehen sollte. Ich will versuchen, mit 5 einfachen Leitplanken eine EU zu skizzieren, die mit mehr Freiheit, mehr Selbstverantwortung und mehr Systemkonkurrenz ihre Selbstheilungs- und Wachstumskräfte entfesselt und gleichzeitig die gemeinsamen Interessen wirksamer vertritt

Erste Leitplanke: Der Nationalstaat muss mit gesicherten vergemeinschaftungsfreien Aufgabenbereichen der zentrale Baustein der EU bleiben. Das bedeutet konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips durch Rückbau von an Brüssel delegierten Aufgaben und Ausforstung konkurrierender Zuständigkeiten, eines der grössten Übel staatlicher Konstrukte. Damit wird der Expansionsdrang der Zentrale gebremst, und schwache Politiker können nicht mehr ständig Verantwortung nach Brüs-

sel abschieben. Jürgen Stark, der frühere Chefökonom der EZB, hat genau das in der NZZ mit den Worten gefordert, es bedürfe unter Anlehnung an das Schweizer Modell (sic!) einer Neuordnung der Zuständigkeiten unter strikter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips (9). Natürlich führt das auch zu einem verstärkten Wettbewerb der Systeme, welcher aber Europa effizienter und innovativer machen würde

Zweite Leitplanke: Die Befugnisse der EU sind auf die wichtigsten Bereiche gemeinsamer Interessen zu beschränken, und dies unter gleichzeitiger Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit. Ich denke an den Binnenmarkt, den Freihandel, die Aussenpolitik, die Sicherheit und das Flüchtlingswesen, aber auch an die Sicherung zentraler grundrechtlicher und demokratischer Werte. Der Historiker Herfried Münkler hat das auf die Formel verkürzt, es brauche mehr gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik und weniger Einwirkung auf die Regelung innerer Angelegenheiten (10).

Dritte Leitplanke: Auf allen Ebenen ist das Prinzip der Selbstverantwortung durchzusetzen, vor allem durch die Verbindung von Kompetenz und Haftung. Jens Weidmann hat kürzlich in der Süddeutschen Zeitung den wichtigen Satz geschrieben, verantwortungsvolle Entscheide seien nur zu erwarten, wenn der Entscheider auch die Konsequenzen seines Handelns tragen müsse (11). Wer eine Staatsleistung nutzt, muss sie nach dem fiskalischen Äquivalenzprinzip auch finanzieren, und er muss wissen, dass ihm im Fall des Scheiterns niemand hilft. Es gibt keine Rettungsschirme. Deshalb braucht es ein geregeltes Insolvenzverfahren auch für Staaten, wie das der Sachverständigenrat Ihrer Bundesregierung mehrfach vorgeschlagen hat (12).

Vierte Leitplanke: Die Marktwirtschaft muss zentraler Wohlstandsmotor bleiben. Wenn man diese Forderung ernst nimmt, hat das Konsequenzen, etwa Erhaltung des Binnenmarktes, Abbau marktverzerrender Eingriffe, Rückbau der Regulierungsdichte, Abbau und Stabilisierung der Staatsquoten sowie vor allem Wiederzulassung risikoadäquater Zinsen. Gewiss, überschuldete Länder wären bei normalen Zinsen augenblicklich insolvent, was den Widerstand gegen eine solche richtige Geldpolitik begreiflich macht. Aber auch hier bieten Ihre Wirtschaftsweisen mit dem Schuldentilgungspakt eine Lösung an (13). Risikoadäquate Anleihezinsen würden nicht nur die Fiskalpolitik wieder disziplinieren und die ungeliebten Fiskalregeln aus Brüssel überflüssig machen, sondern auch Druck zur Erledigung der strukturpolitischen Hausaufgaben ausüben.

Fünfte Leitplanke: Stossende Wohlstandsunterschiede, die auch in einem Staatenverbund politisch nicht akzeptabel sind, müssen durch Transferzahlungen gemildert werden. Diese sind auf der Basis nicht manipulierbarer Finanzkraftindizes grundsätzlich als freie, nicht gebundene Mittel auszuschütten. Nur so werden sie sozusagen zu eigenen Mitteln, die gemäss Äquivalenzprinzip effizient eingesetzt werden

Ich bin mir bewusst, wie enorm die Widerstände gegen einen solchen Paradigmenwechsel sein dürften. Das Labormodell Schweiz lässt indes- sen vermuten, dass das erfolgreiche Zusammenleben von Verschiede- nem auf der Basis solcher liberaler Prinzipien möglich ist

XIV.

Ich habe am Anfang darauf hingewiesen, dass wir Menschen als Indivi- duen und gleichzeitig als Teil eines Kollektivs eine eigentümliche und wi-

dersprüchliche Doppelnatur haben. Deshalb müssen die Mechanismen unseres Zusammenlebens beide Aspekte in Einklang bringen. Wir müssen eine kluge Balance finden zwischen einem freiheitlichen Pol mit Elementen wie Individuum, Markt, Selbstverantwortung, Dezentrale und Freiheit, sowie einem kollektiven Pol mit den komplementären Elementen Kollektiv, Staat, Solidarität, Zentrale und Sicherheit

Wenn ich heute der Stärkung des freiheitlichen Pols das Wort rede, so nicht etwa, weil mir die Bedeutung des kollektiven Pols nicht bewusst wäre. Ich tue es, weil die Balance zwischen diesen Polen zunehmend in Schiefelage gerät, und zwar zu Lasten des freiheitlichen und zu Gunsten des kollektiven Pols. Und das Paradoxe dabei ist, dass gerade deswegen die Kollektive in besondere Probleme geraten sind: Chronische Arbeitslosigkeit, lähmende Staatsverschuldung, gefährdete Sozialwerke. Deshalb ist es so wichtig, diese Balance wieder herzustellen.

Deshalb müssen wir die Kräfte, Energien und Talente der Menschen entfesseln und nicht stets neu knebeln. Deshalb müssen wir entrümpeln, was Leistung uninteressant macht und Erneuerung behindert. Deshalb müssen wir gerade wegen der Wertekrise und den Populismusattacken in der Verteidigung und Hochhaltung der Menschenrechte, der demokratischen Werte und der Freiheitsrechte nicht nachlassen. Und deshalb sind liberale politische Kräfte mit dem Mut zum Widerstand gegen den Mainstream und gegen die Populisten zur Korrektur fataler Fehlentwicklungen nötiger denn je.

Literatur:

- (1) Paul Collier, « Exodus », Siedler Verlag München, 2014
- (2) Daron Acemoglu und James A. Robinson (2012), *Why Nations Fail*, Crown Business, New York.
- (3) Horst Siebert, *Der Kobraeffekt. Wie man Irrwege in der Wirtschaftspolitik vermeidet*, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart München 2002
- (4) Siehe Otfried Höffe (2004), *Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger: Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung*, Beck, München.
- (5) Walter Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Rohwolt, Reinbek, 1965.
- (6) Siehe Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (2013), *Leitsätze ehrbarer Kaufleute*, Verein Berliner Kaufleute und Industrieller, Berlin, <http://www.vbki.de/leitsaetze>.
- (7) Siehe auch Herbert Gintis, Samuel Bowles, Robert Boyd und Ernst Fehr (Hrsg.) (2005), *Moral Sentiments and Material Interests*, MIT Press, Cambridge, MA.
- (8) Pinker, Steven: *Gewalt: Eine neue Geschichte der Menschheit*, Fischer Verlag: Frankfurt a. Main, 2011.
- (9) Jürgen Stark, „Europa wankt – rat- und führungslos“, NZZ vom 9.3.16
- (10) Herfried Münkler, « Europa als politische Idee », Schweizer Monat, Oktober 2016
- (11) Interview mit Jens Weidmann, « Die EZB kann nicht alle Probleme lösen », Süddeutsche Zeitung, 19. September 2016
- (12) Sondergutachten des Sachverständigenrats der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 28. Juli 2015 über *Konsequenzen aus der Griechenland-Krise für einen stabilen Euroraum*.
- (13) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, „Der Europäische Schuldentilgungspakt - Fragen und Antworten“, Arbeitspapier 01/2012